

|  |                                 |  |
|--|---------------------------------|--|
| <b>BESCHLUSSVORLAGE</b><br><br>STADT KARLSRUHE<br>Der Oberbürgermeister                | Gremium:                        | <b>39. Plenarsitzung des Gemeinderates</b> |
|  | Termin:<br>Vorlage Nr.:<br>TOP: | <b>26.06.2007<br/>1034<br/>2</b>           |
| Verantwortlich:  |                                 | <b>öffentlich<br/>Dez. 1</b>               |
| <b>Millenniumserklärung der Stadt Karlsruhe auf Vorschlag des Deutschen Städtetags</b> |                                 |  |

| Beratungsfolge | Sitzung am | TOP | ö                                   | nö                       | Ergebnis |
|----------------|------------|-----|-------------------------------------|--------------------------|----------|
| Gemeinderat    | 26.06.2007 | 2   | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |          |
|                |            |     | <input type="checkbox"/>            | <input type="checkbox"/> |          |
|                |            |     | <input type="checkbox"/>            | <input type="checkbox"/> |          |

**Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss**

Der Gemeinderat stimmt der Millenniums-Erklärung zu.

|  |                             |  |   |                               |  |
|--|-----------------------------|--|---|-------------------------------|--|
| Finanzielle Auswirkungen   |                             |  |   | nein <input type="checkbox"/> | ja <input checked="" type="checkbox"/> |
| Gesamtaufwand der Maßnahme   | Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.) | Finanzierung durch städtischen Haushalt                              | Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen) |                               |  |
|  |                             |  |   |                               |  |
| Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition:<br>Ergänzende Erläuterungen: Die finanziellen Auswirkungen sind nicht konkret bezifferbar. In vielen Bereichen wird bereits nach diesen Zielsetzungen gehandelt. |                             |  |   |                               |  |
| Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)  |                             | nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> | durchgeführt am   |                               |  |
| Abstimmung mit städtischen Gesellschaften  |                             | nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> | abgestimmt mit  |                               |  |

Die Staats- und Regierungschefs von 189 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben im Jahre 2000 auf einem sog. Millenniums-Gipfel eine ehrgeizige Strategie für eine neue globale Partnerschaft für Entwicklung verabschiedet. Die in New York verabschiedete Millenniums-Erklärung definiert folgende acht Entwicklungsziele:

- Bekämpfung von Hunger und Armut weltweit
- Grundschulbildung für alle
- Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frau
- Senkung der Kindersterblichkeit
- Verbesserung der Gesundheit von Müttern
- Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten
- Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit
- Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Die Verpflichtungen aus der UN-Millenniums-Erklärung richteten sich vor allem an die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die diese Erklärung unterzeichnet haben und die für ihre Umsetzung die Hauptverantwortung tragen. Gleichwohl hat das Thema in den vergangenen Jahren zunehmend auch eine kommunale Dimension erhalten. Ursächlich hierfür ist die Erkenntnis bei den Vereinten Nationen, dass die ehrgeizigen Zielsetzungen der Millenniums-Erklärung ohne breite Verankerung in der Bevölkerung und den Einsatz der Kommunen nicht erreicht werden können.

Die an die Kommunen gerichteten Erwartungen beziehen sich vor allem darauf, die Millenniumsziele in der Bevölkerung bekannt zu machen bzw. mitzuhelfen, das Bewusstsein der Bürger für diese Problematik zu schärfen und Druck auf die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auszuüben, damit diese auch tatsächlich zu den eingegangenen Verpflichtungen stehen. Die Weltunion der Kommunen und der europäischen RGRE haben inzwischen den Appell der Vereinten Nationen aufgegriffen und das Thema der Millenniums-Entwicklungsziele zu einem wichtigen Aspekt ihrer Arbeit gemacht.

Im Juni 2005 hat die Weltunion der Kommunen eine „Millenniums-Erklärung der Kommunen“ verabschiedet. Diese wurde von einzelnen Kommunen als nicht zeitgemäß erachtet. Sie wurde aktualisiert und vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages am 14.02.2007 gebilligt.

Der Deutsche Städtetag legt beigefügte Millenniumserklärung vor und bittet die Mitgliedsstädte um Unterzeichnung.

Das Bürgermeisteramt sieht vielfältige Möglichkeiten, die Ziele der Millenniumserklärung umzusetzen.

**Beschluss:**

**Antrag an den Gemeinderat**

Der Gemeinderat beschließt die Zustimmung zur Millenniums-Erklärung.

Hauptamt - Sitzungsdienste -  
15. Juni 2007